

# BMU/VKU-Konferenz

**„Klimaschutz, Wettbewerb und Regulierung im Energiemarkt –  
Entwicklungsperspektiven für Stadtwerke“**

6. Juli 2010 in Berlin

Rede VKU-Präsident und Hannovers OB Stephan Weil  
(Es gilt das gesprochene Wort)

Vortragstitel:

**„Stadtwerke – Motoren für die Innovationen  
unserer Energiewirtschaft“**

## **Anrede,**

ich freue mich, dass es nach dem Oktober 2008 wieder eine gemeinsame Konferenz von BMU und VKU gibt. „Stadtwerke – Vorreiter bei Klimaschutz, Energiesicherheit und Innovationen“ war der Titel der Veranstaltung. Ich denke, wir sind in den letzten gut eineinhalb Jahren diesen Attributen gerecht geworden. Mit der Gründung von 30 neuen Stadtwerken sowie der Übernahme von Thüga, Wemag und Geso haben Kommunen und Stadtwerke frischen Wind in den Energiemarkt gebracht.

Wie geht es nun mit dem deutschen Energiemarkt weiter? Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung für unsere Lebensqualität, und eine auf anhaltenden Wohlstand ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung. Energie muss bezahlbar sein und auch in Zukunft sicher und umweltverträglich zur Verfügung stehen.

Für die Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Nutzung von Energie die „Organisation des Alltags“ und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für die Wirtschaft ist Energie – in Ergänzung zum Faktor Kapital – wesentliches Elixier aller Produktionsprozesse. Mit anderen Worten: Eine zuverlässige Energieversorgung ist ähnlich lebenswichtig wie das tägliche Brot.

### **Altes Energiesystem hat sich überlebt**

Jahrzehntelang hat das Energiesystem gut funktioniert. Vorwiegend große zentrale Kraftwerke haben den Strom erzeugt, der dann über Übertragungs- und Verteilnetze zu den Verbrauchern gelangt. Dieses tradierte System stößt jedoch zunehmend an seine Grenzen. Alle drei Säulen des energiepolitischen Zieldreiecks sind unter Druck gekommen:

- Die Endlichkeit fossiler Rohstoffe tritt immer stärker zu tage.
- Die Energiepreise werden in Folge steigender Rohstoffpreise nach dem Ende der Krise wieder anziehen.
- Die Erde erwärmt sich immer schneller und die Klimaprognosen werden immer drastischer.

Es ist daher „höchste Zeit einen Schritt von der Kante zurückzutreten, die höchstwahrscheinlich der Rand eines Abgrunds ist“, wie es der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman formuliert.

Wir haben in Deutschland daher beschlossen, eine Vorreiterrolle einzunehmen und uns ehrgeizige politische Ziele gesetzt: Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050. Der Koalitionsvertrag hat sie nochmals bestätigt. Diese Ziele – deren Grundlage in der maximalen Erwärmung der Erde um 2 Grad liegt - stehen außer Frage, wenn wir auch für kommende Generationen angemessene Lebensbedingungen erhalten wollen. Sie sind daher auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

### **Deutschland braucht die Energiewende**

Bundesumweltminister Dr. Röttgen hat betont, dass Deutschland seine industrielle Basis behalten muss. Wir sind ein Industrieland, darauf beruht unser Wohlstand. Und es hat sich

im Übrigen auch in der Finanzkrise bewährt, eine breite industrielle Basis zu bewahren. Das heißt jedoch für die Energiewirtschaft, dass sie weitgehend emissionsfrei sein muss, um Raum für unvermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Industrieprozessen zu lassen.

In der Folge bedeutet dies, dass die Energieversorgung zur Mitte des Jahrhunderts fast vollständig auf der Basis erneuerbarer Energien erfolgen muss. Das hat auch weitreichende Auswirkungen auf das gesamte System: Von der Erzeugung über die Speicherung bis hin zu den Netzen.

Wir brauchen daher eine Energiewende. Aber nicht nur um Emissionen zu vermeiden, sondern auch um den Wettbewerb, neue Ideen und Innovationen weiter voranzutreiben. Das Energiesystem der Zukunft wird intelligenter, dezentraler und mittelständischer sein. Das ist eine radikale Neuausrichtung im laufenden Betrieb.

Bislang ist das Energiesystem nicht intelligent genug: Wir brauchen ein deutlich höheres Maß an Kommunikation zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Das tradierte System ist zudem wenig dezentral und mittelständisch: Die Großkraftwerke befinden sich ganz überwiegend in der Hand weniger Konzerne und an wenigen Standorten. Wir brauchen jedoch einen modernen flexiblen und in der Fläche ausreichend verteilten Kraftwerkspark, um mit der fluktuierenden Einspeisung erneuerbarer Energien angemessen umgehen zu können.

### **Die Bürger wollen die Energiewende**

Das entspricht dem Willen der Bürger! Eine aktuelle repräsentative Umfrage von TNS emnid vom Mai 2010 zeigt das. Demnach wollen neun von zehn Deutschen eine dezentralere und mittelständischere Stromerzeugung. Am besten durch Stadtwerke, so 68 Prozent der Befragten. Sogar 84 Prozent der Bevölkerung fordern zudem mehr Wettbewerb durch eine stärkere Rolle der Stadtwerke.

Mit ihrer an Langfristigkeit orientierten Unternehmensphilosophie und ihrer lokalen Verankerung entsprechen Stadtwerke dem Bürgerwillen. Citizen Value umfasst aber auch effizientes Wirtschaften. Wir wirtschaften zwar ein Stück weit anders, haben aber die gleichen Anforderungen an unsere Effizienz wie private Unternehmen. Schließlich bewegen wir uns in einem Wettbewerbsmarkt!

### **Renaissance des Lokalen und Regionalen**

Das zahlt sich aus: Nicht umsonst wurden seit 2007 in Deutschland nach aktuellen VKU-Zahlen schon 30 neue Stadtwerke gegründet bzw. befinden sich in Gründung. Ich weiß von zahlreichen weiteren Projekten in ganz Deutschland. Wichtig ist dabei, dass die Projekte sauber auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Der Prozess, das Energiesystem dezentraler zu machen, ist mit den Neugründungen und den Investitionen der Stadtwerke in die Eigenerzeugung bereits in Gang gekommen. Zurück zur lokalen und regionalen Wirtschaft ist das Motto - wenn es sich rechnet und damit den Kunden dient.

Dieses Comeback von Stadt und Region sowie ihren Wirtschaftskreisläufen hat auch mit dem absehbaren Ende des Ölzeitalters zu tun. Mit dem Ende des Ölzeitalters werden sich auch unser Lebensstil und unsere Wirtschaftsweise ändern. Aufgrund des billigen Öls konnten viele Produktionsprozesse ins Ausland verlagert werden. Transport- und Energiekosten fielen kaum ins Gewicht. Das wird sich ändern. US-Präsident Obama hat gerade erst in einer Rede aus dem Weißen Haus erklärt: „Die Tage des billigen Öls sind gezählt“. Einen Vorgeschmack haben wir 2008 erlebt. Darauf müssen wir uns einstellen.

Hohe Ölpreise werden das Rad der Globalisierung ein Stück weit zurückdrehen. Zunehmend werden Verbrauchsgüter wieder lokal und regional hergestellt werden. Regionen, die dies antizipieren, werden Vorteile haben, da sie starke Wirtschaftskreisläufe jetzt aufbauen können, z. B. im Energiesektor.

Die Wirtschaftswissenschaften haben schon lange nachgewiesen, dass Clusterbildung aufgrund der räumlichen Nähe zu höherer Produktivität führt. Die Region wird durch solche regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

Diese Entwicklung trifft in Deutschland auf eine Bürgerschaft, die verstärkt mitbestimmen will. Auch im Energiebereich. Deshalb haben mich die Ergebnisse der Befragung von Emnid auch nicht überrascht.

Die lokale und regionale Ebene wird noch aus einem anderen Grund wichtiger: Die beiden Megatrends demographischer Wandel und Klimawandel werden genau dort wirksam. Daher hat auch die Energiewende regional und vor Ort ihren Ausgang gefunden. Hier erweist sich die Dezentralität Deutschlands einmal mehr als unschätzbare Vorteil.

Mittlerweile gibt es zahlreiche Regionen in Deutschland, die sich das Ziel „Regionale Energieautarkie“ durch vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Energieeinsparung gesetzt haben. Auch wenn das nicht über Nacht zu schaffen ist, und für Metropolen sicher nicht leicht darzustellen; diese Konzepte sollten von der europäischen und nationalen Energiepolitik unterstützt werden.

Solche Ansätze werden von einem Leitgedanken getragen: Mittel, die nicht für Energieimporte ausgegeben werden, bleiben in der Region. Regionale Wirtschaftskreisläufe können entstehen.

Für Kommunen und Stadtwerke, die diesen Weg gemeinsam beschreiten, bedeutet dies:

→ Ausbau der Energieerzeugung aus EE und KWK zur Reduzierung des „Energieimports“

→ Verstärkung und Erweiterung der Netzinfrastrukturen

→ Ausbau von Energiedienstleistungen für Wirtschafts- und Haushaltskunden zur Senkung des Verbrauchs.

Stadtwerke verfügen über optimale Voraussetzungen, um diese Konzepte in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden sowie anderen Stadtwerken mittel- und langfristig verwirklichen zu können.

## **Beispiele innovativer Stadtwerke auf diesem Weg**

Viele Stadtwerke beschreiten bereits diesen Weg: Die Stadtwerke München haben das Ziel, sämtliche privaten Haushalte bis 2015 mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Bis 2025 soll der gesamte Strom Münchens aus diesen Quellen kommen.

Es gibt auch sehr viele kleinere und mittelgroße Stadtwerke, die sehr aktiv sind. Beispielsweise die Stadtwerke Neustrelitz. Seit 2006 betreiben sie ein Biomasseheizkraftwerk und seit 2008 eine Biogasanlage. Zudem betreiben die Stadtwerke zahlreiche Photovoltaikanlagen. Von zwei Anlagen die 2002 erneuerbaren Strom erzeugten, ist die Anzahl innerhalb von sieben Jahren auf 46 gewachsen. Das Ende der Fahnenstange ist nicht abzusehen. Die Stadtwerke bauen zudem ein lokales und regionales Netzwerk auf, um erneuerbare Energien weiter voranzubringen.

Klar ist aber auch: Viele Regionen können ihren Energiebedarf nicht allein aus der Region befriedigen. Deshalb brauchen wir z.B. auch Offshore-Windparks. Über 50 Stadtwerke sind bereits direkt oder über Trianel und Südweststrom in diesem Feld aktiv oder planen den Einstieg. Auch die EWE mischt hier ganz vorne mit, wie das Beispiel Alpha Ventus beweist. Offshore-Wind ist keine reine Domäne der Konzerne.

Die Beispiele zeigen: Stadtwerke sind die Vorreiter der Energiewende. Durch diese Antizipation haben sie in den letzten Jahren ihre Position im Energiemarkt gestärkt. Im Endkundensegment haben wir in der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einen Anteil von jeweils etwas über 50 Prozent. Zudem werden wir unsere Erzeugungskapazitäten in den kommenden Jahren deutlich erweitern.

## **Ausbau der Eigenerzeugung**

Das ist eine wichtige unternehmensstrategische Entscheidung. Stadtwerke mit starker Eigenerzeugung sind unabhängiger von den Preismechanismen des Marktes, insbesondere im Verhältnis zum Vorlieferanten. Ich halte deshalb den Ausbau der Eigenerzeugung durch Stadtwerke nicht nur für klimapolitisch notwendig, sondern für strategisch entscheidend. Jedes Stadtwerk sollte deshalb die wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die sich aus den Erzeugungsoptionen ergeben, frühzeitig prüfen.

Im Moment halten Stadtwerke mit 13.300 MW einen Anteil von 10 Prozent an der installierten Kraftwerksleistung in Deutschland. Nach aktuellen Zahlen des VKU zur Energieerzeugung seiner Mitglieder, befinden sich derzeit Kraftwerkskapazitäten von 3.500 MW im Bau oder im konkreten Genehmigungsverfahren.

Das entspricht einer Steigerung der kommunalen Stromerzeugung von rund 27 Prozent. 36 Prozent des Ausbaus entfallen dabei auf erneuerbare Energien. Insgesamt handelt es sich dabei um Investitionen von 6,5 Milliarden Euro. Des Weiteren sind rund 5.000 MW mit einem Investitionsvolumen von rund sechs Milliarden Euro in der Planung.

Stadtwerke sind daher entscheidende Akteure, um den Wettbewerb zu beleben und die Energiewende voranzutreiben. Sie stehen für eine dezentrale, nachhaltige Energieerzeugung. Sie sind als Partner der Politik in Vorleistung gegangen, um die Ziele des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) zu erreichen. Das IEKP hat mit seiner

konkreten Ausrichtung auf 2020 sowie den Ausbauzielen für erneuerbare Energien und KWK eine wichtige Wegmarke gesetzt.

### **Energiekonzept 2010**

Nun wird die Bundesregierung ein Energiekonzept vorlegen, das den Horizont über 2020 hinaus erweitert. Dies hat sie in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt. Ich lobe diese Entscheidung ausdrücklich. Es ist an der Zeit, dass wir uns in Deutschland grundsätzlich Gedanken über die Zukunft des Energiesystems machen. Wir brauchen jetzt eine Vorstellung davon, wie die Energieversorgung in einigen Jahrzehnten aussehen soll. Die langen Investitionszyklen der Energiewirtschaft gebieten das.

Der Koalitionsvertrag ist in dieser Hinsicht eindeutig: „Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen.“

Eine mutige und wie ich finde notwendige Festlegung, wenn wir die Klimaschutzziele ernst nehmen. Zudem sind erneuerbare Energien überwiegend dezentral und mittelständisch. Sie passen daher ausgezeichnet in jedes Stadtwerke-Portfolio.

Klar ist, dass wir nicht von heute auf morgen auf Erneuerbare umsteigen können. Konventionelle Energieträger haben daher mittelfristig noch eine Aufgabe: z. B. in KWK-Anlagen mit hohen Wirkungsgraden von bis zu 90 Prozent. Sie können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir brauchen aber im Energiekonzept eine klare Entscheidung für den Systemumbau hin zu erneuerbaren Energien.

### **Warum ist das so wichtig?**

Weil sich die schwankende Einspeisung aus Wind und Sonne ökonomisch nicht mit Grundlastkraftwerken verträgt. Ein Blick auf die Strombörse macht das deutlich. Bei hoher Windeinspeisung und schwacher Nachfrage drehen die Strompreise ins Negative. Und wir sind erst bei einem Anteil der Erneuerbaren von 16 Prozent. D.h., ohne politische Vorgaben werden solche Effekte zunehmen. Daraus erwächst ein erheblicher volkswirtschaftlicher Nachteil. Und zwar schon kurzfristig: Denn bis 2020 soll der Anteil der Erneuerbaren nach dem Willen der Bundesregierung bereits auf 30 Prozent steigen.

Die Koalition aus SPD und CDU hat mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm von 2007 diese wichtige Weichenstellung vorgenommen. Das Energiekonzept sollte auf dem IEKP aufsetzen und es konsequent aber auch konsistent weiterentwickeln.

Vor allem muss das Konzept einen Dialog zwischen den relevanten Akteuren ermöglichen. Denn nur mit öffentlicher Akzeptanz können die Ziele für den Aufbau einer nachhaltigen, dezentralen und erneuerbaren Energieversorgung tatsächlich erreicht werden.

### **Laufzeitverlängerung**

Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke gefährdet diese öffentliche Akzeptanz. Der Streit hierüber überstrahlt derzeit die energiepolitische Dimension des Energiekonzepts. Eine

sachliche Debatte wird dadurch erschwert. Der Koalitionsvertrag bezeichnet die Kernkraft als Brücke, die den Weg in das regenerative Zeitalter ebnen soll.

Eine unkonditionierte Laufzeitverlängerung hätte jedoch negative Folgen für den Energiemarkt und wäre eine Brücke, die wieder am gleichen Ufer ankommt. Eine Studie von Enervis macht das deutlich: „Investitionen in moderne, hocheffiziente Kraftwerke durch eine Vielzahl von unabhängigen Unternehmen im Bereich der Erzeugung werden im Fall einer Laufzeitverlängerung massiv verzögert bzw. verhindert.“

Das heißt, dass viele unserer Mitgliedsunternehmen ihre Investitionen in neue Erzeugungsanlagen auf den Prüfstand stellen werden. Zudem haben die VKU-Mitglieder im Vertrauen auf den 2000 beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie investiert. Diese Investitionen erfahren durch eine unkonditionierte Verlängerung eine wirtschaftliche Abwertung. Mehr noch: Durch verringerte Erträge aus diesen Anlagen schränken sie die Investitionsfähigkeit ein.

Die oligopolistischen Verhältnisse auf dem Erzeugungsmarkt würden durch eine Laufzeitverlängerung daher zementiert. Herr Dr. Böge, ehemaliger Präsident des Bundeskartellamts, geht sogar noch einen Schritt weiter: „Eine Laufzeitverlängerung befreit die Konzerne von Wettbewerbsdruck, erhält ihnen nicht nur ihre Markt- und Machtposition ohne eigene Anstrengungen, sondern baut sie sogar gegen die erklärte politische Strategie der Dekonzentration wieder aus“. Eine Laufzeitverlängerung festigt also nicht nur bestehende Strukturen. Sie schränkt den Wettbewerb sogar weiter ein!

Die notwendige Modernisierung des Kraftwerksparks würde also zumindest bis zum Ende der Laufzeiten verschleppt. Die Ziele des IEKP für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung würden unter einer Laufzeitverlängerung leiden.

Sozusagen als Gegenleistung für längere Laufzeiten wird oft das Argument niedriger Strompreise genannt. Daran gibt es immer stärkere Zweifel, wie Studien zeigen. Wenn dieser Effekt überhaupt eintritt, wird er allenfalls marginal ausfallen. Aus welchem Grund sollten börsennotierte Unternehmen auf Zusatzeinnahmen verzichten? Bei den Konzernen werden sich daher erheblich Extragewinne anhäufen.

Schätzungen gehen von einer Größenordnung von bis zu 60 Milliarden Euro aus. Dadurch könnten die Konzerne ihre Stellung auf dem Energiemarkt weiter ausbauen. Auch die geplante Steuer auf Brennelemente ändert daran wenig. Ich habe zudem die Befürchtung, dass sie im Bundeshaushalt verschwindet. Sie sollte – wenn sie denn kommt – zumindest für entsprechende Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden. Also zur Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz.

Kernenergie ist keine Zukunftstechnologie! Neubauten wird es nicht geben. Dafür fehlt in der Bevölkerung jegliche Akzeptanz. Schließlich stoßen schon viele Anlagen auf Ablehnung, die sich auf erneuerbare Energien stützen. Der Anteil der Kernenergie wird zwangsläufig sinken. Die Bundesregierung sollte daher in die Zukunft schauen und nicht die Vergangenheit verlängern.

## **Energiekonzept muss den Netzausbau voranbringen**

Die Debatte über die Laufzeiten überlagert eine weitere entscheidende Perspektive: Wenn die Bundesregierung ihr Ziel ernst nimmt, bis 2050 eine nahezu vollständige Versorgung durch erneuerbare Energien zu haben, dann brauchen wir dafür die entsprechenden Stromnetze. Diesem Thema muss sich das Energiekonzept widmen. Ansonsten werden die Netze zum Flaschenhals für den Ausbau erneuerbarer Energien.

In Zukunft wird sich die Energieversorgung auf einige zentrale aber sehr viele dezentrale Erzeugungsanlagen stützen. Insgesamt wird die Anzahl der Anlagen gewaltig steigen, die in die Netze einspeisen. Anfang 2009 waren es bereits fast eine halbe Million allein auf regenerativer Basis (Zahl BDEW). Das die heutigen Netzstrukturen damit irgendwann überfordert werden, liegt auf der Hand. Wir benötigen leistungsfähigere und intelligentere Netze als heute. Dazu muss sich die Bundesregierung ganz klar positionieren.

Der Umbau der Netze zu intelligenten Netzen, den so genannten Smart Grids, betrifft insbesondere die Verteilnetze der Stadtwerke. Denn erneuerbare Energie-Anlagen speisen in der Regel vor Ort ein. Der reine Kapazitätsausbau der Übertragungsnetze - der derzeit die Diskussionen dominiert – ist notwendig, wird aber nicht ausreichen um der Problematik Herr zu werden.

Durch Smart Grids können Spitzenlasten der erneuerbaren Energien aufgefangen und Energieeinsparungen leichter realisiert werden. Das Zusammenspiel von Erzeugung, Netz und Verbrauch eröffnet ganz neue Möglichkeiten der nachhaltigen Steuerung des gesamten Energiezyklus, z. B. durch die Einbindung einer Vielzahl von Erzeugungsanlagen in ein virtuelles Kraftwerk.

Das Verteilnetz, das Energie bisher passiv weitergeleitet hat, wird aktiv und steuert Erzeugungsanlagen und Speicher direkt an. Ineffiziente Last- und Erzeugungsspitzen werden im Zusammenspiel aller Anlagen vermieden, Lastabschaltungen einzelner Anlagen deutlich seltener. Dadurch verbessert sich die Auslastung der bestehenden Erzeugungsanlagen erheblich – und auch das finanzielle Ergebnis.

Intelligente Netze erleichtern zudem die Einführung von Elektroautos auf breiter Front. Diese können als Speicher für Lastspitzen genutzt werden. Hieraus hat sich bereits ein neues Geschäftsfeld für viele Stadtwerke entwickelt. Über 50 VKU-Mitglieder sind bereits elektromobil unterwegs. Smart Grids stützen sich auf breitbandige Kommunikationsnetze. Das ist die Chance auch in das Geschäftsfeld Glasfaser einzusteigen. Viele Stadtwerke gehen diesen Weg bereits.

Wir haben aber ein großes Problem: Im System der Anreizregulierung werden die Kosten für den Aufbau intelligenter Netze nicht ausreichend anerkannt. Nach Schätzungen belaufen sie sich auf 400 Milliarden Euro für die europäischen Stromnetze bis 2020. Davon entfällt ein zweistelliger Milliardenbetrag auf die Verteilnetze der Stadtwerke.

Die Anreizregulierung verfolgt eine wesentliche Prämisse: Sparen um fast jeden Preis. Das passt nicht länger in die Landschaft. Daher müssen Investitionsanreize gesetzt und die Regulierung der Netze angepasst werden. Und das nicht nur auf der Ebene der Übertragungsnetze!



Der VKU hat mit seinem Positionspapier zum Energiekonzept als erster Verband der Energiewirtschaft Vorschläge für die politische Diskussion eingebracht. Darin machen wir deutlich, dass die Verteilnetze der Schlüssel für „smarte Technologien“ und dezentrale Erzeugung sind. Verlässliche Rahmenbedingungen für den Aufbau intelligenter Netze sind dafür die Voraussetzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich erhoffe mir durch das Energiekonzept eine sachliche Debatte über die Energieversorgung der Zukunft. Der Weg in ein regeneratives Energiezeitalter ist alternativlos. Der Weg dorthin führt über die Stadtwerke.

Stadtwerke sind der energiewirtschaftliche Mittelstand. Sie haben gezeigt, wozu sie in der Lage sind. Wenn sie die entsprechenden Rahmenbedingungen bekommen, werden sie den Wettbewerb weiter beleben und dadurch auch die Energiewende weiter vorantreiben. Denn das „grüne“ Gewissen ist eines unserer Markenzeichen: Stadtwerke stehen gemeinsam mit den Kommunen für den Klimaschutz vor Ort.

Wir sind daher originärer Partner der Politik bei allen Fragen der Nachhaltigkeit. Wir stehen bereit für die Verwirklichung der Energiewende.

Vielen Dank!